Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.30 Mark, vierteljährlich 9.90 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Mill meterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Brauhausstr. 17. Nebengeschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 8. Halle, Dienstag, den 6. Januar 1920. Einzelpreis 15 Pfg.

Stürmische Eisenbahner-Versammlung in Breslau.

WTB. Breslau, 6. Jan. Wie die Blätter melden, fand gestern abend eine stürmisch verlaufene Eisenbahner-Versammlung statt, an der auch Abordnungen oberschlesischer und Waldenburger Eisenbahner teilnahmen. Nach stürmischer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung fordert die sofortige Beschlußfassung des Tarifabschlusses. Sie kann sich mit den vorgeschlagenen Lohnsätzen nicht einverstanden erklären und erwartet, daß die geforderte Mindestzulage von 60 Mark pro Woche als Vorschuß auf den Tarif bis zum 10. Januar gewährt werde. Sollten diese Wünsche nicht erfüllt werden, so lehnt die Versammlung jede Verantwortung für die Folgen ab. Die Landesversammlung soll sofort einberufen werden.

Das Frankfurter Eisenbahndirektionsgebäude militärisch besetzt.

Frankfurt a. M., 5. Januar. In der Frankfurter Eisenbahnerbewegung hat sich die Lage seit Sonnabend nicht verändert. Das Eisenbahndirektionsgebäude ist seit heute mittag von Reichswehrtruppen und Polizeimannschaften besetzt.

Vor einer weiteren großen Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 5. Januar. Die Tarifverhandlungen mit den Eisenbahnern sind heute in Berlin wieder aufgenommen worden. Es ist leider mit Sicherheit zu erwarten, daß die weiteren Lohnerhöhungen abermals durch Tariferhöhungen eingebracht werden müssen. Nach den bisherigen Feststellungen würde man, wie der „L.-A." schreibt, wenn alle Forderungen der Eisenbahnarbeiter restlos bewilligt werden, so müßten für den Personen- und Güterverkehr um 100 Prozent erhöht werden. Nach dem „B. T." müßte der neue Aufschlag sogar 150 Prozent der bisherigen Fahrpreise betragen.

Die Kohlenversorgung der Eisenbahnen.

Berlin, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Sitzung, die gestern im Reichswirtschaftsministerium stattfand und an der neben Vertretern der Minister die beteiligten Ressorts teilnahmen, wurde beschlossen, daß den preußisch-hessischen Eisenbahnen für Januar fördertäglich das zu liefernde Quantum Kohle auf 40 000 Tonnen festzusetzen sei. Diese 40 000 Tonnen stellten den täglichen Bedarf der preußisch-hessischen Eisenbahnen dar und können es ermöglichen, daß die Vorräte der Verwaltung nicht angetastet zu werden brauchen. In der Besprechung führte der Vertreter der bayerischen Eisenbahnen bittere Klage darüber, daß die bayerischen Eisenbahnen gegenüber den preußischen in der Belieferung zu kurz kämen und im Gegensatz zu Preußen, dessen Eisenbahnen über einen Vorrat von 10 Tagen verfügten, nur mit etwa 3 Tagen bevorratet seien. Der Vertreter des Reichskohlenkommissars sagte bessere Belieferung zu. Er könne dies, da es sich nur um verhältnismäßig kleine Mengen handle. Es würde dafür gesorgt werden, daß die bayerischen Bahnen in der Bevorratung nicht schlechter gestellt werden als die preußisch-hessischen Eisenbahnen.

Die Kohlennot in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verschärfung der Kohlenkrise beginnt für Frankfurt a. M. katastrophale Folgen zu zeitigen. Nicht nur die Straßenbahnen werden von heute ab nicht mehr verkehren, in Privathaushaltungen darf nach 10 Uhr abends kein elektrisches Licht mehr gebrannt werden. Mittags wird kein Gas mehr geliefert.

Englands Delegierte auf der Pariser Konferenz.

WTB. Amsterdam, 6. Jan. Der „Telegraaf" meldet aus London, die englischen Hauptdelegierten auf der Pariser Konferenz werden Lloyd George, Bonar Law, Curzon und Montague sein.

Der künftige Pump Amerikas für Europa.

WTB. Paris, 5. Jan. Nach Meldungen aus London wird der Vertreter Englands für Finanzfragen, Sir John Paish, der jetzt in Amerika angekommen ist, tatsächlich einen Kredit von 280 Milliarden Franken zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa verlangen. Er schlägt vor, internationale Obligationen in besagter Höhe auszugeben, für die die Mitglieder des Völkerbundes Garantie leisten sollen. Die Obligationen sollen vier Prozent Zinsen bringen, ein Prozent soll amortisiert werden, die Rückzahlung in 40 Jahren erfolgen. Paish glaubt, England werde eine Garantie von 40 Milliarden Franken leisten. 80 Milliarden von dieser Anleihe sollen für den Ankauf von Rohmaterialien verwendet werden, 80 Milliarden für den Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden und der Rest soll dazu dienen, die ausländischen Anleihen zurückzuvergüten. Paish glaubt, daß die von ihm vorgeschlagene Operation automatisch den Normalstand des Wechselkurses wieder herstellen werde.

Italien gegen die Auslieferung.

Rom, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Bekanntlich hat die italienische Regierung seinerzeit auf der Pariser Konferenz gegen die Forderung der Auslieferung der Deutschen gesprochen. Es widerspräche der Rechtsüberlieferung, daß Anklläger die Richter würden. Wie bestätigend hierzu gemeldet wird, hat Italien für sich keine Auslieferung von Deutschen verlangt.

Englische Marinespitzbuben in Swinemünde.

Berlin, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Wie erst jetzt bekannt wird, hat am 2. Januar ein englischer Zerstörer in Swinemünde angelegt. Der Kommandant hat sich nicht auf der Kommandantur gemeldet. Englische Matrosen sind in Werk II eingedrungen und haben dort Bestenmunition entwendet. Die Höhe der Entwendung ist noch nicht festgestellt.

Feuersbrunst auf einem ehemals deutschen Dampfer.

WTB. New York, 6. Jan. (Havas.) Eine Feuersbrunst, deren Ursache noch unbekannt ist, brach am Montag morgen an Bord des früheren deutschen Dampfers „Pretoria" aus, der kürzlich an Großbritannien abgetreten wurde. Der Schaden wird auf 100 000 Dollar beziffert.

Der Kopenhagener Telephonstreik.

WTB. Kopenhagen, 6. Jan. Der Telephonstreik dauert an. Verhandlungen zur Beilegung des Streiks sind noch nicht aufgenommen. Die Telephon-Angestellten in Schweden und Norwegen haben beschlossen, die streikenden Kopenhagener Kollegen wirtschaftlich zu unterstützen.

Schwierigkeiten in der schwedischen Fischausfuhr nach Deutschland.

Wie aus Gothenburg telegraphiert wird, ist der Versuch, die Kreditfrage für die schwedische Fischausfuhr nach Deutschland zu regeln, damit die Ausfuhr ungestört vorgenommen werden kann, auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen. Finanzminister Thorsson hatte die Unterstützung der Regierung versprochen, die übrigen Minister zeigten jedoch ein ablehnendes Verhalten. Unter diesen Verhältnissen haben sich auch die Privatbanken zurückgezogen, die sich an der Kreditgewährung beteiligen wollten. Die Aussichten der schwedischen Fischer sind unter diesen Umständen außerordentlich ungünstig.

Holländische Hilfe für die deutsche Kinderwelt.

Haag, 5. Jan. Wie das Korrespondenzbüro meldet, wird Mitte Januar, wahrscheinlich am 12. Januar, ein Sonderzug für die unterernährten deutschen Kinder aus den Niederlanden nach Thüringen abgehen.

Die königseindlichen Unruhen in Bulgarien.

Berlin, 5. Januar. Genfer „Suisse" meldet: An den letzten königseindlichen Unruhen in Sofia nahmen ungefähr 40 000 Menschen teil. Eingreifende Truppen wurden mit Revolverschüssen und Steinwürfen empfangen. Zahlreiche Personen wurden schwerverletzt. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt.

Die linksradikalen Arbeiterräte Groß-Berlins.

Berlin, 6. Januar. Gestern abend tagte eine Rumpfvollversammlung der linksradikalen Arbeiterräte. Ein kommunistisches Mitglied übte schärfste Kritik an dem Betriebsrätegesetzentwurf; auf das Betriebsrätegesetz wolle man pfeifen. Weitgehende Differenzen zwischen Kommunisten und Unabhängigen wurden ausgetragen. Der „Vorwärts" spricht vom Rätekrach.

Kommt es zum allgemeinen Streik im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 5. Januar. Die geheimen Abstimmungen in den Versicherungsbetrieben haben etwa 87 der abgegebenen Stimmen für den Streik ergeben. Die Entscheidung, ob in den Ausstand eingetreten werden soll oder nicht, wird im Zentralverband der Angestellten erst im Laufe des Dienstages erfolgen. Man will sich, falls es zur Arbeitsniederlegung kommt, nicht allein auf Berlin beschränken, sondern auch die Angestellten im ganzen Reiche umfassen.

192 000 Tonnen müssen sofort geliefert werden!

Paris, 5. Januar. (Havas.) Die vom Obersten Rat angenommene Formel über den Ersatz für Scapa Flow sieht die sofortige Lieferung von 192 000 Tonnen schwimmendes Material vor. Die Alliierten erklären sich bereit, Abzüge vorzunehmen, falls die Lieferung der verlangten 400 000 Tonnen die Lebensinteressen der deutschen Schiffahrt gefährden oder die Schätzung der Alliierten sich als überschätzt herausstellt. Auf jeden Fall werden die vom Obersten Rat zugestandenen Abzüge eine bestimmte Zahl nicht übersteigen.

Das politische Erwachen der Beamtenschaft.

Von E. Delius,
Mitglied der Nationalversammlung.

Die Beamten standen früher den öffentlichen Angelegenheiten in ihrer großen Masse fast völlig teilnahmslos gegenüber. Es gehörte nicht zum guten Ton in jenen Kreisen, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen. Ging es dann wirklich zu den Wahlen, so war die Haltung und Meinung des höheren Vorgesetzten für die nachgeordneten Beamten meistens das Gegebene. Der Vorgesetzte gehörte aber mit seinen Anschauungen wohl immer in das Regierungs-, soll heißen konservative Lager. Wie oft ist es dem Artikelschreiber in früheren Jahren bei Wahlagitationen vorgekommen, daß ihm das alte charakterlose Wort entgegengehalten wurde: „Weiß Brot ich eß, daß Lied ich singe." Die sehr spät einsetzende Berufsorganisationsbewegung ist zwar in den letzten zehn Jahren bestrebt gewesen, das Interesse für öffentliche Angelegenheiten unter den Beamten zu wecken, die Erfolge waren aber verhältnismäßig immer noch geringe. Das hatte zum großen Teil sicherlich seinen Grund mit darin, daß die unbefriedigenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten weiten Kreisen den Blick für andere Aufgaben trübten und so sogar den törichten Glauben aufkommen ließen, daß es besser sei, sich nicht politisch zu betätigen, weil man sonst irgendwo anstoßen und die Standesinteressen gefährden könnte. Man wollte es mit allen halten und mit keinem verderben. Aengstlich ging man einer klaren Stellungnahme aus dem Wege. Daß damit nicht weiterzukommen war, hätte eigentlich wohl jedem einleuchten müssen. Eine Ausnahme machten hierbei nur die Lehrer und mittleren Postbeamten, die, über mustergültige Organisationen verfügend, ihren Mitgliedern immer wieder die Teilnahme am öffentlichen Leben nahelegten. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Lehrer und Postbeamte waren längst als tätige Mitarbeiter in den politischen Parteien geschätzt. Mancher von ihnen konnte sich eine Führerrolle durch zähe Arbeit erobern.

Durch den Staatsumsturz ist Bewegung in die bis dahin fast indifferenten Beamtenmassen gekommen. Vom reinen berufsmäßigen Denken hat man sich jetzt auch den politischen Dingen zugewendet. Die freiheitlichen Rechte, für die weitblickende Führer der Beamten seit Jahrzehnten gekämpft hatten, die kurzsichtige Regierungen aber ständig verweigerten, fielen jetzt als reife Frucht den Beamten in den Schoß. Bei Betätigung seiner politischen Gesinnung waren nun dienstliche Nachteile und wirtschaftliche Schädigungen nicht mehr so wie früher zu befürchten. Die ängstliche Zurückhaltung machte einem mitunter nicht gerade sehr sympathisch berührenden überlauten Prahlen Platz. Hervor taten sich hierbei besonders jene Elemente, die früher höheren Vorgesetzten gegenüber in Ehrfurcht ersterben wollten und in anderer als konservativer Gesinnung ein Staatsverbrechen sahen. Sie wittern jetzt Morgenluft. Ohne Gewissensskrupel schlossen sie sich — gestern noch die verbohrtesten Konservativen — mindestens den Mehrheitssozialisten an. Nicht etwa taten sie das in den meisten Fällen aus innerer Ueberzeugung, sondern nur aus Berechnung. Während vordem die stärkste Partei, die Konservativen, ihnen am ehesten die Erfüllung eigennütziger Interessen angeblich sichern konnten, nahm man dies jetzt von den Mehrheitssozialisten an. Ich kenne genügend solche Leute, die als Vaterlandsparteiler und wüste Hurrapatrioten heute sich den Anschein geben, als wenn sie von jeher die waschechtesten Sozialisten gewesen wären. Diese Novembersozialisten sind wahrhaftig kein Ruhmesblatt für die Beamtenschaft. Mich wundert nur, daß man in den Kreisen der Sozialdemokratie ihnen gegenüber nicht zugeknöpfter gewesen ist. Indessen, das mögen die Herrschaften unter sich ausmachen.

Auch zu uns Demokraten sind manche Beamtenkreise gekommen, die wir erst im demokratischen Geiste erziehen müssen. Wir hatten immerhin den Vorteil, daß namentlich in den letzten Jahren unter dem Druck der rückständigen Politik der Konservativen sich im steigenden Maße die Beamten der entschiedenen bürgerlichen Linken anschlossen. Es kann behauptet werden, daß besonders die Fortschrittliche Volkspartei in den verflossenen Parlamenten immer eine großzügige, weitausschauende Beamtenpolitik getrieben hat. Manche Erfolge konnten gegen den Widerstand der Rechtsparteien und einer rückständigen Regierung errungen werden. Das sicherte uns Ansehen bei den Beamten. Treue Stützen besitzen wir unter ihnen. Sie können uns gerade jetzt erfolgreiche Arbeit leisten.

Die Rechtsparteien kümmerten sich in früheren Jahren sehr wenig um die Beamten. Im Besitz der Macht, beherrschten sie durch den mit ihren Gefolgsmännern besetzten Behördenapparat auch die Beamten. Sie konnten es sich deshalb schon erlauben, häufig die Rechte der Beamten mit Füßen zu treten, ohne die Abrechnung bei den Wahlen allzusehr fürchten zu müssen. Denn in ihrer das Reich völlig beherrschenden Domäne Preußen konnten ihnen die Beamten nicht gefährlich werden. In anderen Staaten war es ähnlich. Das ist jetzt anders geworden. Die 1½ Millionen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten bilden auch für die Rechtsparteien einen gewichtigen Faktor, um den es sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200106039/fragment/page=0001

schon lohnt, jetzt bei völlig veränderten politischen Verhältnissen zu buhlen. Es kann nicht bestritten werden, daß die beiden Parteien, Deutschnationale und Volkspartei, besonderes Augenmerk den Beamten zuwenden. Namentlich die erstere Partei will jetzt durch ebenso überflüssige wie häufig zeitlich undurchführbare Anträge den Beamten vergessen machen, daß sie es war, die im trauten Bunde mit der Regierung jede freiheitliche Regung der Beamten unterdrückte. Nicht selten wurde ihr dabei Hilfe von den Rechtsnationalliberalen, der heutigen Deutschen Volkspartei, geleistet. Man denke nur an die Bekämpfung der Wahlreform in Preußen, wo sich Herr v. Heydebrand zur Ablehnung der Vorlage auch des Grundes bediente, daß gerade mit Rücksicht auf die Beamten das gleiche Wahlrecht nicht eingeführt werden könnte. Die Vorgänger der Deutschen Volkspartei waren mit ihm hierin einig.

Für die Demokratie heißt es jetzt Aufklärungsarbeit unter den Beamten treiben. Wir müssen den Beamten ins Gedächtnis zurückrufen, was jene Parteien an ihnen gesündigt haben. Im Besitze der Macht haben sie den wirtschaftlichen Aufstieg der Beamten verhindert. Für die Anpassung des Beamtenverhältnisses an die Erfordernisse der Zeit waren sie nicht zu haben. Das Abhängigkeitsverhältnis, die ständige Bevormundung der Untergebenen schien ihnen als übernommene Ueberlieferung unantastbar. Von der Sozialdemokratie hat die Beamtenschaft ebenfalls letzten Endes nichts zu erwarten. Sie, die ihrem Wesen nach dem Beamtentum entgegengesetzt sein muß, die unter ihren gleichmacherischen Prinzipien für die Sonderart des Beamten kein Verständnis haben kann, kommt weder als Schützerin der wohlerworbenen Rechte in Betracht, noch will sie die weitere Proletarisierung hindern. Noch weniger blüht dem Beamtentum Erfolg von der Tätigkeit der weiter links stehenden Parteien.

Demgegenüber betont die Deutsche demokratische Partei, daß das berufsmäßige Beamtentum als ein Exkpeiler auch im demokratischen Staate nicht entbehrt werden kann. Um es gesund zu erhalten und für die gerade jetzt beim allgemeinen Zusammenbruch sich häufenden Pflichten ein auf moralischer Höhe stehendes Beamtenheer zu besitzen, muß alles getan werden, es wirtschaftlich so zu stellen, daß es ein einigermaßen auskömmliches Leben führen kann. Daneben bleibt das Verhältnis zum Staat so zu gestalten, daß der Beamte in seinen Rechten nicht schlechter gestellt ist, als andere Staatsbürger. Nur so ist es möglich, ein von Liebe zum Beruf und treuer Pflichteifer durchdrungenes Beamtentum erhalten zu können, was den bevorstehenden großen Aufgaben sich völlig gewachsen zeigen wird.

Die politische Bewegung unter den Beamten in vernünftige Bahnen zu lenken, wird einer redlichen demokratischen Politik möglich sein. Jetzt gilt es, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Der überschäumende Radikalismus, der sich auch häufig unter den Beamten bemerkbar machte, wird gerade in ihren Kreisen nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Eine Schicht, die auch in dem veränderten Staate immer noch ein Moment der Ordnung darstellen wird, sent seine Kraft[illegible] nicht nur zu zügeln und wird wertvolle Kräfte zum Wiederaufbau liefern. An einer zielklaren, sich von allen Utopien und Experimenten freihaltenden Politik hat gerade das Beamtentum, was mehr als jeder andere Stand durch sein Verhältnis mit dem Staate eng verknüpft ist, ein besonderes Interesse. Eine Entwicklung zu fördern, die ein wirtschaftlich starkes — soweit dies jetzt überhaupt möglich ist — und ein freies, dabei sich seiner Verantwortlichkeit voll bewußtes Beamtentum bringt, muß das Ziel der Demokratischen Partei sein. Dann wird der Eintritt der Beamten in die Politik zum Vorteil für die Partei ausschlagen.

Deutschland, glaube an das Morgenrot!

Von

Fridtjof Nansen.

Der weltberühmte nordische Forscher läßt in diesem Monat im Verlage von F. A. Brockhaus ein Wort „Freiheitsfrieden" erscheinen, in dem er seine Gedanken über die nach dem Kriege notwendigen Neuschaffungen des Lebens zum Ausdruck bringt. Wir dürfen daraus schon heute die Worte wiedergeben, die Nansen eigens an die deutschen Leser richtet.

Europa ist krank. Die weiße Rasse hat eine Fieberkrisis zu überstehen. Die menschliche Gesellschaft zeigt an vielen Stellen die Symptome der Auflösung.

Der Heiltrank kann nur aus den einfachen Tiefen der Natur geschöpft werden.

Als Präsident Wilson die Vereinigten Staaten in den Krieg führte, hoffte er die Welt dadurch „safe for democracy" zu machen.

Die Welt aber wollte es anders.

Europa ist ein Chaos geworden, ein brodelnder Hexenkessel, in dem Demokratie, Despotie, Militarismus und Anarchie in unheilschwangerem Brei sich umeinanderwälzen, und niemand weiß, was in heftigsten Entladungen explodieren wird.

Klarer als je zuvor hat sich erwiesen, daß der Krieg keine Heilung, keine Erlösung bringen kann. Wohl vermag er eine drohende Krankheit auszulösen. In ihrer Stelle aber schafft er zehn neue Krankheitskeime. Er ist selber ein Fieber und keine Kur.

Die Seele der menschlichen Gesellschaft läßt sich nicht durch Bajonette reformieren, und keine Idee, auch eine falsche nicht, kann durch Maschinengewehren angebracht werden.

Bernard Shaw soll kürzlich gesagt haben, er wisse nicht, was die Bewohner der anderen Planeten im Sinne hätten. Dessen sei er aber sicher, daß sie unsern Planeten für ein Irrenhaus hielten.

Das gibt ein treffendes Bild des jetzigen Zustandes unserer Erde.

Die Geisteskrankheit rührt aber von den falschen Grundanschauungen her.

Die Menschen sind auf Abwege geraten in ihrer wahnsinnigen Jagd nach Macht.

Die Massen haben Kultur mit materieller Entwicklung verwechselt. Letztere bringt die Macht des Ueberflusses, erstere die Schönheit der Harmonie.

Nicht der Wille zur Macht, sondern der Wille zur Schönheit wird die neue Zukunft schaffen:

die Schönheit der großen, einfachen Lebenslinien, die alle Herrschsucht, allen Glitterstaat, allen Ueberfluß abgestreift hat.

Schließlich muß doch der Geist den Sieg erringen:

nicht der Geist, der neue Gewaltmittel erfindet, neue Zerstörungsmaschinen, neue Sprengstoffe, neue Gase —, auch nicht der Geist, der neue Industrien schafft, neue Verkehrsmittel erschließt, so nützlich er auch sein mag —, sondern der Geist, der aus den alten, ewig jungen Urquellen der Natur schöpfend neue Lebenswerte formt:

die Welt der Zukunft, deren Symbol nicht mehr die rasende Raubtierklaue ist, sondern die gebende Menschenhand —,

in der die Klassenpolitiker und die Staatsmänner endeckt haben, daß es nicht nur Menschen gibt, sondern auch Mitmenschen —,

in der sie nicht nur mit den Lippen bekennen, sondern auch durch die Tat beweisen, daß sie anstatt die brutale Selbstsucht der Staaten, der Klassen, der Einzelnen, auch in der Politik die Lehre der Nächstenliebe vertreten, die da sagt: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.

Laßt uns, trotz der Finsternis, laßt uns nicht an der Morgendämmerung zweifeln!

Noch gilt das Gesetz von der Kontinuität des Keimplasmes. Noch ist das Geschlecht im Kern gesund und unverdorben. Nur die Lebensbedingungen, die Grundlagen der Erziehung in den sogenannten Kulturzentren sind naturwidrig.

Die Rettung liegt, jetzt wie immer, in der Losung:

Zurück zur Natur, zu den einfachen Grundwerten, auf denen alle Schönheit des Lebens sich aufbaut.

Wie in Wissenschaft und Forschung, so auch im Menschenleben gilt es den Naturgesetzen zu folgen. Nicht wider die Natur heißt es zu wirken, sondern im Bunde mit der Natur!

---

300 Millionen Fehlbetrag der sächsischen Eisenbahnen

Die sächsischen Eisenbahnen, die zuletzt noch mit einem Jahresüberschuß von 64 Millionen im sächsischen Staatshaushalt verzeichnet waren, werden im vergangenen Jahre einen Fehlbetrag von annähernd 300 Millionen erreichen. Wie die „L. N. N." von gut unterrichteter Seite erfahren, beträgt der Fehlbetrag im November bereits 200 Millionen, so daß also mit einem Jahresausfall in der angegebenen Höhe gerechnet werden muß.

Die Stärke der Besatzungstruppen.

Das Generalkommando des 17. Armeekorps in Danzig gibt jetzt die Ziffern der Besatzungstruppen bekannt, die dieser Tage der deutschen Kommission in Paris überreicht wurden. Danach erhalten: Schleswig 2800, Danzig einen Divisionsstab, einen Artilleriestab und 8000 Engländer, Marienwerder 1800, Allenstein 3000, Memel 1800, Oberschlesien einen Divisionsstab und 21 000 Mann.

Die Enthüllungen über Kaiser Karls Verrat.

Die Verräterrolle des Prinzen Sixtus. — Die vier Punkte. — Womit sich Italien angeblich begnügen wollte. — Die „gute Verständigung" mit Frankreich und England.

Der jetzt vorliegende Londoner „Daily Telegraph" vom 2. Januar bringt in vierzehn Spalten den ersten Teil der Enthüllungen des Prinzen Sixtus von Parma. Sie ergänzen die Mitteilungen der „Agence Havas" in wichtigen Punkten.

In einer Unterredung mit Prinz Sixtus von Parma vom 8. März 1917 gab Poincaré folgende Instruktionen:

Der Kurs,

den Sie zu verfolgen haben, ist der: **Sie müssen von Oesterreich die Zustimmung zu vier wesentlichen Punkten erhalten** und diese in strengstem Geheimnis an England und Rußland mitteilen und fragen, ob man zu einem Einvernehmen bezüglich des Abschlusses eines geheimen Waffenstillstands gelangen könne. Rußland führt nur Krieg um den Besitz von Konstantinopel. England will nichts von Oesterreich, und dasselbe gilt von Frankreich. Es liegt im Interesse Frankreichs, Oesterreich-Ungarn nicht nur zu erhalten, sondern es auch

auf Kosten Deutschlands zu vergrößern.

(Schlesien oder Bayern). Wir, also Frankreich, werden nie einen Frieden mit Deutschland schließen. Ueber die vier Punkte gibt ein Brief, den

Sixtus am 16. März an Kaiser Karl

schrieb, näheren Aufschluß:

1. Oesterreich erkennt das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen, wie Frankreich es früher besaß, an. Oesterreich-Ungarn wird alles tun, um die Ansprüche Frankreichs in dieser Richtung zu unterstützen.

2. Belgien muß seine Souveränität unter der jetzigen Dynastie vollständig zurückerhalten. Es muß alle seine afrikanischen Besitzungen zurückerhalten, ohne einer Entschädigung zu präjudizieren, die es für die erlittenen Verluste erhalten muß.

3. Oesterreich-Ungarn erklärt sich bereit, die serbische Souveränität unter der jetzigen Dynastie wiederherzustellen. Als Zeichen seines guten Willens und um Serbien einen natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere zu verschaffen, ist **Oesterreich-Ungarn bereit,** Serbien das **albanische Gebiet zu übergeben,** das es jetzt besetzt hält. Es ist weiter bereit, freundschaftliche Beziehungen mit Serbien dadurch zu sichern, daß es Serbien große wirtschaftliche Konzessionen macht.

4. Oesterreich-Ungarn beabsichtigt Vorbesprechungen mit Rußland zu beginnen auf der Basis, daß Oesterreich-Ungarn sich bezüglich Konstantinopel uninteressiert erklärt, wofür es das heute von Rußland besetzte österreichische Gebiet zurückerhält.

Vom 20.—25. März folgte dann die Reise des Prinzen Sixtus nach Wien. Er brachte von dieser Reise den Brief Kaiser Karls von 24. März mit, in dem die drei ersten Punkte Poincarés angenommen wurden, während der vierte Punkt bezüglich Rußlands einer Revision unterstellt werden sollte. Ein Bericht über die Wiener Reise des Prinzen bildet den Schluß der Veröffentlichung.

Nach diesem Bericht traf [illegible] am 23. März [illegible] abends in Laxenburg. Kaiser Karl sagte dabei u. a., er habe

in Deutschland alles versucht.

In den hohen deutschen Kreisen bestände aber eine Friedensidee überhaupt nicht. Das Dogma des Siegfriedens bleibe dort unerschütterlich. Es sei des Kaisers Pflicht als Bundesgenosse das Unmögliche zu versuchen, um die Deutschen dazu zu bringen, einen gerechten Frieden zu schließen. Wenn ihm dies nicht gelingen werde, wolle er einen Sonderfrieden schließen, da er die Monarchie nicht am Wahnsinn seines Nachbarn opfern könne. Jedenfalls werde er mit den Deutschen unter keinen Umständen reden, bevor er sich nicht vergewissert habe, daß sie dem Gedanken eines Friedens, wie er vom Kaiser Karl und dem Prinzen Sixtus gedacht sei, zugänglich seien.

Nach der Unterredung mit **Kaiser Karl hatte der Prinz** eine

Unterredung mit dem Grafen Czernin,

die etwa 20 Minuten dauerte. Graf Czernin blieb sehr kalt und zurückhaltend und gab dem Prinzen keine ausführlichen, genauen Einzelheiten. Am nächsten Tage fand dann, wie bereits bekannt in Erdödys Haus eine Unterredung zwischen dem Prinzen und Czernin statt. Czernin gab auch hier seine Zurückhaltung noch nicht auf.

Ein neuer Brief Kaiser Karls.

Am Abend desselben Tages überreichte dann Kaiser Karl dem Prinzen Sixtus einen Brief mit den Worten: Hier sind die versprochenen Einzelheiten. Dieser zweite, bisher nicht veröffentlichte Brief des Kaisers an den Prinzen Sixtus ist vom 9. Mai 1917 datiert und lautet:

Ich stelle mit Genugtuung fest, daß Frankreich und England sich über die Grundlagen eines europäischen Friedens einig sind. Sie weigern sich aber, ohne Italien zu unterhandeln. Dieses Land fordert mich jedoch auf, Frieden zu schließen, und läßt alle unannehmbaren Forderungen, auch die, die sich auf die slawischen Länder ausgedehnt hatten, fallen. Es verlangt nur noch

die italienisch sprechenden Teile Tirols.

Ich habe beschlossen, diese Frage keiner Erwägung zu unterziehen, bevor ich nicht durch Sie höre, was Frankreich und England auf mein Friedensangebot antworten werden. Graf Erdödy wird Ihnen meine Ansicht über die besprochenen verschiedenen Punkte mitteilen. Die gute Verständigung zwischen der Monarchie einerseits und Frankreich und England andererseits mit Bezug auf so viele Punkte wird es möglich machen — davon sind wir überzeugt — auch die letzten Schwierigkeiten zu überwinden, die uns von

einem guten Frieden

trennen. Ich danke Ihnen für die Hilfe, die Sie mir bei diesem Friedenswerk geleistet haben, das ich für das Wohl unseres Volkes in die Hand nahm. Dieser Krieg hat Ihnen, wie Sie selbst beim Abschied sagten, die Aufgabe auferlegt, getreu den Traditionen Ihres Hauses zunächst auf den Schlachtfeldern für die Verwandten zu sorgen und dann für Frankreich zu kämpfen. Ich habe Ihr Verhalten gebilligt. Wenn wir auch durch die Umstände geschieden sind, für die ich persönlich nicht verantwortlich bin, kann ich doch Ihr treuer Freund bleiben. Ich halte daran fest, ausschließlich durch Sie — wenn Sie das wollen — meine Ansicht und meine persönliche Meinung an Frankreich und England mitzuteilen.

Graf Czernin legte diesen Brief versiegelt an den Prinzen gelegen. In seiner Anmerkung heißt es, daß Oesterreich kein Gebiet abtreten werde, d. h. ausgenommen im Austausch gegen andere; daß die Entente die Integrität der Monarchie garantieren müsse und daß Oesterreich auf alle Fälle bereit sei, einen ehrenvollen Frieden mit der Entente zu schließen und einen allgemeinen und endgültigen Frieden vorzubereiten.

Der Unterzeichnung steht nichts mehr im Wege.

Paris, 5. Januar. (Havas.) Der Text, der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welche die Verhandlungen über das von Deutschland zur Konzession für die Zerstörung der Flotte in Scapa Flow verlangte Marinematerial zu Grunde legen, wurde am Montag nachmittag dem Freiherrn von Lersner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Form geeinigt, so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrags nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen werden im Prinzip ins Auge gefaßt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wurde auf Sonnabend, den 10. Januar, nachmittags, festgesetzt.

Aufstand in Korea gegen Japan.

Haag, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Washingtoner Meldungen zufolge ist in Korea ein Aufstand gegen Japan ausgebrochen. Der Sohn des ehemaligen Kaisers von Korea wurde verhaftet. Japanischerseits wird behauptet, daß die Aufstandsbewegung von christlichen Missionaren geführt werde.

Deutsches Reich.

Kundgebung der Berliner Ministerialbeamten für den Reichstarif.

Berlin, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern nachmittag fand im großen Saale der hiesigen Börse eine Kundgebung der Beamten und Angestellten der Reichs- und Staatsministerien und der Heeresbetriebe für den Reichstarif statt. Die Versammlung war so überfüllt, daß Hunderte von Personen, die keinen Einlaß fanden, umkehren mußten. Der Versammlung ging eine Straßendemonstration mit vorangetragenen Plakaten voraus, auf denen die Preise für Nahrungsmittel und Bedarfsartikel früher und jetzt gegenübergestellt waren. Während der Rede des Referenten wurde, nach einem Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", mit lebhaftem Beifall eine soeben eingegangene Mitteilung verlesen, daß die zur selben Stunde versammelten Minister über die Frage des Reichstarifes für die Angestellten der Ministerien beraten und auf Antrag des Reichsministeriums beschlossen, die Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200106039/fragment/page=0002